

Beschluss des Landrats vom 16.10.2025

Nr. 1342

35. Solidarität für Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen 2025/141; Protokoll: bw

Stephan Ackermann (Grüne) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Stephan Ackermann Maurer (Grüne) hält eine Diskussion nicht unbedingt für notwendig, eine Erklärung würde auch reichen. Grundsätzlich erachtet er es aber als flott, wenn anderen Ratsmitgliedern ermöglicht wird, ebenfalls eine Wortmeldung abgeben zu können, ohne dass sie selbst die Diskussion verlangen müssen. Das ist natürlich nicht als Seitenhieb gegen irgendwelche Voredner zu verstehen.

Vielen Dank für die Antwort auf die Interpellation. Dieser Vorstoss war eine gute Erfahrung. Anfang Jahr wurde Stephan Ackermann von einer betroffenen Person angefragt, wie die Situation im Basbiet aussieht, woraufhin er sich entschlossen hat, dies genauer anzuschauen und eine Interpellation einreichen.

Zu seiner Schande muss er gestehen, dass er die Bänke nicht wahrgenommen hat, obwohl eine sogar in Pratteln steht. Die Einweihung fand jedoch während Corona statt, und die Bänke fristen seither ihr Dasein mit einem kleinen Schild. Das ist alles und diese Wahrnehmung des Leids ist eine Herausforderung für Direktbetroffene. Stephan Ackermann hat noch nie eine Interpellation eingereicht, die derart hohe Wellen geworfen hat. Viele Direktbetroffene haben ihn kontaktiert und ihre Geschichten erzählt. Das hat Stephan Ackermann die Augen geöffnet. Es handelt sich um ein dunkles Kapitel der Schweizer Geschichte, das bisher an ihm vorbeigegangen ist. Wahrscheinlich hat dies auch mit seinem Jahrgang zu tun. 1983 begann sich die Praxis wohl glücklicherweise zu verändern. Damals, noch im zarten Primarschulalter, war dies aber noch kein Thema. In den weiterführenden Schulen befand es sich noch nicht im Programm. Somit wurde Stephan Ackermann mit diesem Kapitel während seiner ganzen Schulkarriere nie konfrontiert. Insofern ist er froh, wurde er Landrat und wurde als solcher gebeten, sich dieser Thematik anzunehmen, wodurch er mit all diesen Menschen in Kontakt kam. Dies ist all denjenigen, die das noch nie gemacht haben, wärmstens zu empfehlen. Es ist nicht auszuschliessen, dass es auch im Rat Direktbetroffene gibt, die eine herausfordernde Kindheit oder Jugend hatten.

Mit den Bänken, die aufgestellt wurden, fühlen sich diese Personen etwas abgespeist. Das ist schwierig und für die ganze Gesellschaft herausfordernd. Es besteht eine Diskrepanz zwischen den einzelnen Kantonen. Einige Kantone gehen über die Bundesbeiträge in Höhe von CHF 25'000, andere nicht. Der Kanton Basel-Landschaft leistet keine zusätzlichen Zahlungen. Es gibt natürlich Personen, die mit diesen Bänken zufrieden sind und sich nicht weiter damit beschäftigen möchten. Es gibt aber auch andere, denen die Bänke angesichts des ihnen angetanen Leids nicht ausreichen. Auch Geld hilft diesbezüglich nicht, allerdings würde es einigen Personen bei der Finanzierung ihres Lebensabends helfen. Etwas mehr als nur eine Ruhebank zum Hinsetzen wäre schon toll.

Insofern werden die Antworten zur Kenntnis genommen. Der Regierungsrat wird gebeten, sich Gedanken zu machen, ob nicht noch etwas anderes getan werden könnte, um alle Betroffenen abholen zu können. Die Landratsmitglieder werden eingeladen, sich mit dieser Geschichte zu beschäftigen und in ihrem Umfeld zu schauen, ob sie sich mit Direktbetroffenen austauschen können. Es öffnet einem die Augen.

Adil Koller (SP) betont, dass es sich um ein sehr schwieriges Thema handle. Bereits vor sechs Jahren wurde es im Landrat diskutiert. Adil Koller reichte damals eine Interpellation ein und bemerkte, dass der Kanton Basel-Landschaft zu dieser Thematik überhaupt nichts getan hat, obwohl er den bundesrechtlichen Auftrag dazu hatte. Stephan Ackermann hat richtigerweise gesagt, dass es sich um ein Thema handelt, das in der Öffentlichkeit lange gar nicht diskutiert wurde. Bis in die 80er-Jahre wurden Kinder ihren Eltern willkürlich weggenommen. Sie wurden zur Sache gemacht und auf Bauernhöfen verdingt.

Während seines Studiums setzte sich Adil Koller intensiv mit der Thematik auseinander und hatte Gelegenheit, mit mehreren Betroffenen Gespräche zu führen. Die Erzählungen waren heftig: Es sind Geschichten von Übernachtungen im Stall bei Minusgraden, wo einzig die Kuh noch für Wärme sorgte. Bis vor 45 Jahren haben das Kinder im Primarschulalter hier noch erlebt. Viele der Betroffenen haben erst realisiert, dass ihnen Unrecht widerfahren ist, als sich der Bundesrat geäussert hat. Seit dieses Thema zum ersten Mal auf die politische Traktandenliste gekommen ist, ist also etwas geschehen. Der Bundesrat in Person von Simonetta Sommaruga und im Anschluss auch die einzelnen Kantone, zum Beispiel Regierungsrätin Kathrin Schweizer, haben sich im Namen des Gemeinwesens, der Kantone und des Bundes für das entschuldigt, was diesen vielen Tausend Menschen angetan wurde. Es wurde anerkannt, dass das erlebte Leid real ist. Dass man das nicht mehr komplett gut machen kann, liegt in der Natur der Sache. Allerdings hat man zwei Dinge aus diesem Kapitel gelernt: Erstens wurde den Betroffenen ein kleiner Entschädigungsbetrag zugesprochen, mit dem das erfahrene Leid anerkannt werden soll. Zweitens wird alles daran gesetzt, dass so etwas nie mehr geschieht, und es werden Erinnerungsorte geschaffen, damit man immer wieder einmal darauf stösst, davon liest und sich Gedanken macht.

Als Adil Koller seine Interpellation einreichte, betonte er, dass der Kanton Basel-Landschaft nichts tue, obwohl im Gesetz steht, dass der Kanton für Erinnerungsorte zu sorgen habe. Der Regierungsrat hat dies anerkannt, eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, von der Adil Koller Teil war. Ebenfalls waren zwei betroffene Personen Teil der Arbeitsgruppe. Eine davon war Paul Richner, der sich bereits öffentlich geäussert und ein Buch geschrieben hatte. Bei der Wahl des Erinnerungsorts wurde sehr stark auf die Meinungen dieser beiden betroffenen Personen gehört. Man hat sich dann für die Gedankenbänke entschieden, weil man diese dezentral an verschiedenen Orten im Kanton Basel-Landschaft aufstellen kann. In Basel-Stadt befindet sich eine Tafel im Rathaus. In Basel-Landschaft sind es 13 verschiedene Gedenkort, verteilt im ganzen Kanton. Das bedeutet nicht, dass die Aufarbeitung damit abgeschlossen ist, aber es ist ein erster Schritt. Dieser soll dazu führen, dass darüber gesprochen wird und die Menschen miteinander ins Gespräch kommen – deshalb auch halbrunde Bänke, auf denen man sich gegenseitig anschaut. Das ist der Gedanke dahinter und diesen findet Adil Koller sehr schön, eben weil er von Direktbetroffenen stammt.

Stephan Ackermann hat aber eine gute Frage gestellt und zwar diese, ob der Kanton nicht mehr tun könne. Damit darf die Sache nicht erledigt sein. Es ist deshalb richtig, wenn ein weiterer Vorstoss eingebracht wird, mit dem konkret eine Prüfung gefordert wird, ob es zusätzlich zur Bundesentschädigung eine kantonale Entschädigung geben sollte. Die Kantone sind nämlich sehr wohl für das Leid, das im letzten Jahrhundert geschaffen wurde, mitverantwortlich. Entsprechend wäre eine Prüfung angebracht. Der Kanton bietet sogar eine Steilvorlage und erwähnt, dass alle Unterlagen im Staatsarchiv vorhanden seien und man diese einfach aufarbeiten könne. Das stimmt, der Kanton könnte es aber auch selbst machen und die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen, um aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen zu können.

Ein solches Anliegen wäre sehr wichtig und Adil Koller würde dies sofort unterstützen. Nur mit dem Zeichen der Erinnerung ist es nicht getan. Dies ist aber ein wichtiger Teil. Es ist klar, dass die Schicksale der Betroffenen komplett unterschiedlich sind. Es gibt Menschen, die gut ins Leben gefunden haben und es gibt Menschen, die von Beginn an eine derartige Last zu tragen hatten,

dass sie es gar nicht erst ins Leben geschafft haben. Das lässt sich nie mehr gutmachen. Das Einzige, was man tun kann – und das ist die Pflicht von uns allen – ist zu schauen, dass so etwas nie wieder passieren kann, dass die Demokratie auch bis dahin greift und dass es keine Institutionen gibt, die willkürlich – ohne Abstützung, ohne Mittel, um sich einbringen zu können – Menschen einfach aus dem Leben reisst. Das ist unsere Aufgabe. Deshalb ist diese Interpellation wichtig und es ist aber auch wichtig, an diesem Thema dran zu bleiben.

://: Die Interpellation ist erledigt.
